

Siebert, Horst

Article — Digitized Version

Wirtschaftliche Zwänge für offene Volkswirtschaften

Weltwirtschaftliches Archiv

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Siebert, Horst (1985) : Wirtschaftliche Zwänge für offene Volkswirtschaften, Weltwirtschaftliches Archiv, ISSN 0043-2636, Mohr, Tübingen, Vol. 121, Iss. 4, pp. 609-627

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3607>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wirtschaftliche Zwänge für offene Volkswirtschaften

Von

Horst Siebert

Utopien haben in den Wirtschaftswissenschaften als ideale, anzustrebende Welten immer wieder eine Rolle gespielt. Die Sehnsucht nach der verklärten, verlorenen Vergangenheit, die man gerne zurück hätte wie die unzerstörte, paradiesische Natur, zieht sich ebenso durch die ökonomische Literatur wie die eschatologische Zukunftsvision, in der die ökonomischen Ketten vom Menschen abfallen und nach der „die wirtschaftliche Frage . . . kein Dauerproblem der Menschheit sein wird“ [Keynes, 1931, S. 366], oder wie die Vorstellung des „goldenen Zeitalters“ [Robinson, 1956], in dem ein gegebenes Konsumniveau auf ewig perpetuiert wird. Diese Welt des „bliss“ [Ramsey, 1928, S. 545], einer „Gesellschaft im Überfluß“ [Galbraith, 1958], des „land of Cockaigne“ und des „Mannas vom Himmel“ hat Ende der sechziger Jahre durch das Paradigma des „Raumschiffs Erde“ [Boulding, 1966] ein Gegenbild erhalten, in dem bei steigender Bevölkerung die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen, die limitierte Aufnahmefähigkeit der Umwelt für Schadstoffe, aber auch die gegebene Menge an anderen Produktionsfaktoren wie Arbeit und Kapital, also die Knappheit, stärker ins Bewußtsein rücken. Oder prosaischer formuliert: „There ain't no such thing as a free lunch.“

Knappheit ist auf Restriktionen zurückzuführen, also auf Schranken, die den Handlungsspielraum wirtschaftlicher Organisationseinheiten begrenzen. Solche Restriktionen können technologischer Art sein wie bei der Produktionsfunktion, es kann sich um Verfügbarkeitsrestriktionen handeln, etwa über die einsetzbaren Ressourcen, um finanzielle Zwänge, welche die Ausgaben an die Einnahmen binden, aber auch um institutionelle oder normative Restriktionen wie Nutzungsrechte, Regulierungen des Arbeitsmarktes oder verfassungsrechtliche Regelungen [Siebert, 1985].

Eine Volkswirtschaft ist mit einem Netz von Restriktionen überzogen. Eine Reihe von Zwängen gilt für die gesamte Volkswirtschaft wie etwa die Ressourcenrestriktion im Fall eines Landes in Autarkie; andere Restriktionen sind für Subsysteme einer Volkswirtschaft von Bedeutung wie die Forderung nach einem ausgeglichenen Budget des Staates und die Bedingungen, daß eine einzelne Unternehmung auf Dauer nicht mit Verlust produzieren oder ein einzelner Haushalt langfristig nicht über seine Verhältnisse leben kann. In diesem Geflecht von Restriktionen für verschiedene organisatorische Einhei-

Bemerkung: Antrittsvorlesung an der Universität Konstanz am 19. Juni 1985.

ten läßt sich eine Hierarchie von Zwängen erkennen. Globale Restriktionen müssen Schranken für Subsysteme dominieren, globale Bedingungen müssen in einzelwirtschaftliche Zwänge umgesetzt werden. Gleichzeitig bringt individuelles Verhalten gesamtwirtschaftliche Variable hervor und beeinflußt damit globale Zwänge wie die Verfügbarkeit von Produktionsfaktoren. Wirtschaftssysteme müssen also soziale Mechanismen entwickeln, die den Subsystemen globale Restriktionen signalisieren.

Im folgenden möchte ich das Paradigma der Restriktionen auf eine offene Volkswirtschaft anwenden und der Frage nachgehen, welche Zwänge eine offene Volkswirtschaft zu beachten hat, wie diese Zwänge den einzelnen Subsystemen einer Volkswirtschaft signalisiert werden und inwieweit der Gestaltungsspielraum der Wirtschaftspolitik von diesen Restriktionen beeinflußt wird. Zunächst wird die Rolle der Budgetrestriktion – also die Forderung nach einem Zahlungsbilanzausgleich – diskutiert. In einem zweiten Schritt werden die allokatonspolitischen Implikationen der Zahlungsbilanzrestriktion analysiert. Schließlich werden die Konsequenzen der Zahlungsbilanzrestriktion für die Stabilisierungspolitik erörtert.

I.

Ausgangspunkt unserer Analyse ist, daß die Öffnung einer Volkswirtschaft bestehende Restriktionen der Autarkiesituation auflöst. Während eine geschlossene Volkswirtschaft maximal nur diejenige Menge eines Gutes (C_i) verwenden kann, die sie selbst erzeugt (Q_i), kann eine offene Volkswirtschaft durch Import die Verwendungsmenge steigern. Die Schranke der intern produzierten Menge $E_i = C_i - Q_i \leq 0$ wird also aufgehoben.

Handelt es sich bei dem Importgut um ein Konsumgut, so gestattet der Außenhandel, daß ein Land außerhalb seiner gegebenen Produktionsmöglichkeitenkurve konsumieren kann, also $E_i > 0$. Der zulässige Konsumraum wird ausgedehnt, weil ein Land durch Export einer Produkteinheit das Importgut zu einem günstigeren Tauschverhältnis auf dem Weltmarkt erhält, als es seiner Transformationsmöglichkeit in Autarkie entspricht (Tauschgewinn). Gleichzeitig findet eine Produktionsspezialisierung auf das Exportgut statt (Spezialisierungsgewinn). Vorübergehend kann ein Land seinen Konsumspielraum dadurch ausdehnen, daß es auf Kredit Güter importiert, also Kapitalimport betreibt.

Handelt es sich bei dem Importgut um ein Zwischenprodukt oder um einen Produktionsfaktor wie Kapital und Technologie, so verbessert der Güterimport die Faktorausstattung und verschiebt die Produktionsmöglichkeitenkurve nach außen. Neben Tausch- und Spezialisierungsgewinn stellt sich ein Kapazitätsgewinn ein. Eine Ausdehnung der Produktionskapazität ergibt sich auch dann, wenn der Import von Zwischenprodukten oder Produktionsfaktoren auf Kredit durch Kapitalimport erfolgt.

Die Öffnung einer Volkswirtschaft ist aber nicht ein beliebiges Zaubermit-
tel zur Milderung von Restriktionen, sondern sie führt auch eine neue
Restriktion ein. Neben einer Schranke für die maximale Nachfragemenge auf
einem Weltmarkt, $E_i^w < 0$, ergibt sich für das einzelne Land (anstelle der
Budgetrestriktion in Autarkie, daß die Ausgaben das Einkommen nicht
übersteigen können) die neue Restriktion, daß in einer Periode nicht mehr
Devisen für Importe und Kapitalexport ausgegeben werden können, als
durch Exporte und Kapitalimporte hereinkommen bzw. durch einen Abbau
des Devisenbestandes zu finanzieren sind. Bezeichnet R den Devisenbestand,
 F_p den Bestand an Wertpapieren oder Realinvestitionen im Ausland und F_o
den Bestand an Anleihen des Staates im Ausland, so gilt

$$-\sum p_i E_i + r (F_p - F_o) = X - M = w (\dot{F}_p - \dot{F}_o + \dot{R}),$$

wobei $\dot{F}_p - \dot{F}_o > 0$ den Kapitalexport und $\dot{F}_p - \dot{F}_o < 0$ den Kapitalimport
beschreiben. Diese Zahlungsbilanzrestriktion ist die Budgetrestriktion eines
Landes; sie resultiert aus der Aggregation der Budgetrestriktionen aller
organisatorischen Einheiten, also aller Haushalte und Unternehmen, des
Staates und der Bundesbank.

Ist die gesamtwirtschaftliche Budgetrestriktion verletzt, liegt etwa ein
Defizit vor, so ist den einzelwirtschaftlichen Einheiten – z. B. durch eine
Abwertung der heimischen Währung – zu signalisieren, daß sie sich beispiels-
weise beim Warenverkehr durch eine Reduzierung der Güterimporte oder
durch verstärkten Export anzupassen haben. Die Budgetrestriktion kann
durch eine Vielzahl von Anpassungen eingehalten werden. Bezeichnet Z den
Saldo der Zahlungsbilanz, so gibt es eine Funktion $Z = f(m)$, wobei m als
Vektor von Variablen zu interpretieren ist, über die die verschiedenen
Organisationseinheiten einer Volkswirtschaft entscheiden, etwa die Export-
und Importmengen oder den langfristigen und kurzfristigen Kapitalverkehr.
In dem Vektor m befinden sich aber auch die in einem Wirtschaftssystem
möglichen Anpassungsbedingungen wie Flexibilität der Güterpreise und der
Löhne, Bedeutung der Tarifparteien, Position der Bundesbank, Rolle der
Handelshemmnisse und der Konvertibilität der Währungen, Wechselkursre-
gime und andere ordnungspolitische Bedingungen. Zwischen den verschie-
denen Anpassungen kann man substituieren. Die richtige Wahl der Anpas-
sungsprozesse kann deshalb auch als ein ordnungspolitisches Entscheidungs-
problem interpretiert werden.

II.

Wie zeigen sich nun Restriktionen für eine offene Volkswirtschaft?
Inwieweit werden wirtschaftliche Entscheidungen eingeschränkt, inwieweit
unterliegen sie einem Zwang? Wir wollen uns zunächst mit den allokatons-

mäßigen Auswirkungen des Zahlungsbilanzausgleichs beschäftigen und dabei zwischen güterwirtschaftlichen Restriktionen und Zwängen aus internationaler Faktormobilität unterscheiden.

1. Ein Indikator für die Schärfe der außenwirtschaftlichen Restriktion ist die Inelastizität der Importnachfrage.

Hat ein Land eine starre Nachfrage nach einem Importgut und betrachtet man die Elastizität als Datum, so erfordert ein Preisanstieg des Importgutes auf dem Weltmarkt verstärkte Exportanstrengungen. Die Terms of Trade des Landes werden sich verschlechtern, es stellt sich ein Defizit in der Zahlungsbilanz ein, oder die heimische Währung wird abgewertet. Die Abwertung bewirkt einen Preisanstieg im Inland. Wir beobachten die im Zusammenhang mit den Energiepreisschocks diskutierten Effekte wie Preisniveauanstieg, reduziertes wirtschaftliches Wachstum, Entwertung des Kapitalbestandes, falls der Kapitalstock auf das bisher billige Importgut ausgerichtet war, und abnehmende Beschäftigung, insbesondere bei Lohnstarrheit. Ist die Inelastizität kurzfristiger Natur, so können diese Auswirkungen langfristig vermieden werden. In aller Regel ist es wie im Fall des Energiepreisschocks erforderlich, über preisliche Hebel langfristige Substitutionsprozesse in Gang zu setzen. Bei einer solchen Politik erzwingt die Zahlungsbilanzrestriktion kurzfristig schmerzliche Anpassungsprozesse, die aber langfristig die Restriktion weniger spürbar machen.

Läßt sich die Inelastizität der Importnachfrage langfristig nicht aufheben und sieht sich ein Land einer ungünstigen Preisentwicklung für das Importgut ausgesetzt, so muß es auf Dauer seine Exporte steigern, wenn es ein bestimmtes Importniveau aufrechterhalten will. Das Land erfährt eine Verschlechterung seines Austauschverhältnisses. Zwar wächst es in einem mengenmäßigen Sinn durch die Expansion seines Exportsektors, aber die Früchte des Wachstums werden ins Ausland exportiert. Es kann sich der Fall des verarmenden Wachstums einstellen.

2. Der Spielraum für Güterimporte wird vom Exportpotential bestimmt. Das Exportpotential ist gestaltbar.

Das Exportpotential eines Landes hängt von den Nachfrage- und Produktionsbedingungen und der Ressourcenausstattung ab. Ein Teil dieser Ressourcenausstattung wie Boden, Natur und – prima vista – Rohstoffe und Umwelt ist gegeben. Für diese Ausstattungsfaktoren läßt sich ein impliziter Schattenpreis formulieren, der den Subsystemen die gesamtwirtschaftlichen Opportunitätskosten der Verwendung eines Ausstattungsfaktors signalisiert. Sind Märkte vorhanden, so weisen Preise die Opportunitätskosten aus. Sind Märkte nicht vorhanden wie im Fall des Gutes Umwelt, so hat die Politik die

Aufgabe, die nationale Umweltknappheit über neue Nutzungsrechte den Subsystemen zu signalisieren.

Ein Teil der Ressourcenausstattung eines Landes wie Kapitalstock, technisches Wissen, Arbeitsqualität und Arbeitsmenge ist gestaltbar. Beispielsweise beträgt die Sparquote in der Bundesrepublik 12,7 vH und in den USA 0,5 vH (1983). Erinnert sei an die Literatur über Humankapital und an die These des Produktzyklus, nach der es für ein Land wie die Bundesrepublik darauf ankommt, in der frühen Innovationsphase eines Produkts dabei zu sein, da in der Imitationsphase andere Länder Wettbewerbsvorteile gewinnen. Auch die Umweltreichlichkeit eines Landes ist nicht gegeben, da die Entsorgung von den eingesetzten Produktionsfaktoren und von der Entsorgungstechnologie abhängt. Analoges gilt – jedenfalls für eine Reihe von Ländern – für die abbauwürdigen Ressourcen, die über Exploration und Investition gesteuert werden können.

Die Beeinflussung des Exportpotentials ist instrumental im Hinblick auf die Güterimporte. Exporte sind also kein Ziel an sich. Ein Land exportiert, um importieren zu können. Eine merkantilistische Motivierung des Außenhandels ist keine sinnvolle Orientierung einer offenen Wirtschaft. Dies gilt auch für neuere Varianten des Merkantilismus.

3. Verschieben sich die komparativen Preisvorteile, so hat sich eine offene Volkswirtschaft an die geänderten Bedingungen anzupassen.

Tritt auf dem Weltmarkt ein neuer Anbieter für ein Exportgut des Inlandes auf und büßt ein Land seinen komparativen Preisvorteil für dieses Gut ein, so sinkt der Exportwert dieses Landes und die Zahlungsbilanz gerät ceteris paribus ins Defizit. Die Änderung des komparativen Preisvorteils schlägt auf die implizite Bewertung der Produktionsfaktoren durch: Ressourcen, die bei diesem Gut intensiv eingesetzt werden, sind nicht mehr so hoch zu bewerten. Ihr Preis sinkt. Die Änderung im Gefüge der Faktor- und Güterpreise kann die Wettbewerbsfähigkeit bei einem anderen Produkt herstellen. Ferner wirkt die Abwertung infolge des Defizits in die gleiche Richtung. Aber trotz aller abfedernden Mechanismen muß sich das Land allokatonsmäßig anpassen, indem es die Produktion des bisher exportierten Gutes abbaut. Analog ist zu argumentieren, wenn interne Prozesse den komparativen Vorteil eines Landes reduzieren. Ändern sich in einer Volkswirtschaft die Präferenzen der Wirtschaftssubjekte zugunsten von mehr Umweltschutz, verliert das Land komparative Kostenvorteile für umweltintensiv erzeugte Güter. Die Produktion dieses Gutes muß reduziert werden; die bei der Produktion des umweltintensiv erzeugten Gutes eingesetzten Faktoren müssen in andere Verwendungen, beispielsweise in die Entsorgung, gelenkt werden.

4. *Es ist nicht sinnvoll, Unterschiede in den Ausstattungsvorteilen zu harmonisieren.*

Volkswirtschaften sind durch unterschiedliche Faktorausstattungen gekennzeichnet. Das eine Land ist kapitalreich, das andere Land ist arbeitsreich. Der Zweck der internationalen Arbeitsteilung besteht gerade darin, die unterschiedlichen Faktorausstattungen durch verschiedene Spezialisierungen auszunutzen. Die immer wieder erhobene Forderung, den heimischen Produktionsfaktor – etwa Arbeit – gegen den reichlich vorhandenen Faktor des Auslandes zu schützen, pervertiert die Idee der internationalen Arbeitsteilung: Das arbeitsarme Land schützt sich gegen arbeitsintensive, das kapitalarme gegen kapitalintensive, das bodenarme gegen bodenintensive, das technologiearme gegen technologieintensive Importe und das geistlose gegen das intellektuelle Produkt. Der internationale Austausch schrumpft gegen Null.

Insoweit als z. B. die Ausstattungsbedingungen eines Landes in langer Frist durch interne Maßnahmen gestaltbar sind, lohnt sich eine Änderung der Ausstattungsvorteile eines Landes dann, wenn die langfristigen Vorteile die Opportunitätskosten der Änderung überwiegen, wenn etwa bei einer Kapitalbildung die Vorteile durch verstärkten Export (oder reduzierten Import) die Kosten des Konsumverzichts überkompensieren. Grundsätzlich sollen Unterschiede in den Ausstattungsvorteilen nicht wegharmonisiert werden¹. Das einzelne Land ist auch frei, durch seine Einkommenspolitik z. B. bei der Lohnfindung seine relative Arbeitsreichlichkeit zu definieren. Allerdings muß es dann die Opportunitätskosten seiner Einkommenspolitik, etwa den Verlust an Wettbewerbsvorteilen in bestimmten Produktionen, tragen und bei seiner Entscheidung über die Einkommenspolitik ansetzen.

Die Frage der Harmonisierung bezieht sich auch auf institutionelle Ausstattungsbedingungen, also auf die Rahmenbedingungen privater Wirtschaftstätigkeit. Soll ein Land keine Umweltpolitik betreiben, wenn das Ausland der Umwelt keine Bedeutung beimißt? Die Antwort ist: Wenn ein Land knapp mit Umwelt ausgestattet ist, so muß dieser Ausstattungsnachteil auch im Außenhandel seinen Ausdruck finden: Das Land muß langfristig die Produktion umweltintensiv produzierter Güter zurückdrängen. Dies ist in einer offenen Volkswirtschaft nur mit dem Verlust an Wettbewerbsvorteilen zu erkaufen. Diese Opportunitätskosten sind allerdings bei der Bestimmung der anzustrebenden Umweltqualität zu berücksichtigen.

¹ Das Harmonisierungsproblem muß in einem gemeinsamen Markt anders beurteilt werden. Insbesondere sollen die nationalen institutionellen Regelungen wie etwa die Steuergesetze so beschaffen sein, daß sie vom System her kompatibel sind, auch wenn die Steuertarife von Land zu Land differieren. Außerdem müssen die institutionellen Regelungen so beschaffen sein, daß die nationalen Grenzen nicht aus administrativer Notwendigkeit her verteidigt werden.

Auch bei der Gestaltung der Steuerpolitik – etwa der Unternehmensbesteuerung – und der sozialen Sicherungssysteme hat das einzelne Land die Freiheit, seine eigene institutionelle Regelung zu wählen; es besteht grundsätzlich kein Harmonisierungszwang mit anderen Ländern. Aber auch hier entstehen durch nationale Regelungen Wettbewerbsnachteile, die als Opportunitätskosten bei der Zielfindung zu berücksichtigen sind.

5. Eine Volkswirtschaft sieht sich zahlreichen Versuchungen ausgesetzt, einen Ausgleich der Zahlungsbilanz über handelshemmende Maßnahmen herbeizuführen.

Aus der Eigenschaft der Zahlungsbilanz als Restriktion folgt, daß sich dieser Zwang für die Subsysteme eines Landes bemerkbar macht. In der Realität wird entgegen der Vorstellung des Pareto-Kriteriums ein Gewinn aus dem Außenhandel für ein Land oft nur möglich sein, wenn die eine oder die andere Gruppe verliert. Sind Allokationsprozesse durch Märkte anonymisiert, so haben vom Außenhandel benachteiligte Gruppen keinen starken Einfluß auf die Umsetzung der Zahlungsbilanzrestriktion. Werden Allokationsentscheidungen dagegen dem politischen System zugewiesen, so gewinnen einzelne Gruppen ein größeres Gewicht bei der Signalisierung der Zahlungsbilanzrestriktion. In einer „rentensuchenden Gesellschaft“ [Buchanan, 1980; Krueger, 1974] mit starker Absicherung der einzelnen Subsysteme und Gruppen und in Wirtschaften mit institutioneller Sklerose [Olson, 1982] können einzelne Gruppen leichter Absicherungen gegen Außeneinflüsse wie handelshemmende Maßnahmen durchsetzen. Dieses Rent-Seeking gewinnt zwangsläufig in schrumpfenden Sektoren oder Regionen oder in stagnierenden Volkswirtschaften, die ihre Innovationskraft verloren haben, an Bedeutung. Der Umsetzungsmechanismus der Zahlungsbilanzrestriktion auf die einzelnen Akteure variiert also auch mit der Machtposition der einzelnen Gruppen. Im Extremfall der Zentralplanung erhält der Außenhandel eine Lückenbüßerfunktion. In stärker marktwirtschaftlich ausgerichteten Volkswirtschaften dagegen gewinnen Marktmechanismen bei der Signalisierung der Zahlungsbilanzrestriktion eine größere Bedeutung.

Die Abschirmung gegen Außeneinflüsse läßt kurzfristig für einzelne Gruppen die Außenrestriktion weniger fühlbar werden. Aber sie bringt Verluste für das einzelne Land, und sie bringt insbesondere langfristige Nachteile, da der frische Wind der Weltwirtschaft nicht mehr durch das morsche Gebälk der maroden Wirtschaftszweige bläst. Die Sklerose ist programmiert. Für die Weltwirtschaft stellen handelshemmende Maßnahmen zusätzliche Restriktionen dar, und es läßt sich zeigen, daß Restriktionen durch Zerlegung in Teilrestriktionen an einschränkender Kraft gewinnen [Siebert, 1982]. Kompensationsgeschäfte und die Forderung des bilateralen Ausgleichs anstelle

eines Budgetausgleichs zwischen dem Inland und dem Rest der Welt führen in die Zeit der Hinkelsteine von Asterix und Obelix zurück und bringen unnötig scharfe Restriktionen in die internationale Arbeitsteilung ein. Sollen die Vorteile aus dem Außenhandel für das einzelne Land und die Weltwirtschaft ausgeschöpft werden, so gewinnen internationale Spielregeln, an die sich die einzelnen Länder binden, als Grundpfeiler der internationalen Arbeitsteilung zentrale Bedeutung. Man denke nur an die Meistbegünstigungsklausel und das GATT.

6. Die Verschuldung eines Landes mildert kurzfristig die Außenrestriktion, begründet langfristig aber intertemporale Zwänge.

Importiert ein Land auf Kredit, so wird die Außenrestriktion in dieser Periode für die Subsysteme weniger spürbar. Das Land kann mehr konsumieren, als es selbst produziert und aufgrund des Güterausstauschs importieren kann. Weltwirtschaftlich entstehen analog zu den Handelsgewinnen Vorteile aus dem Kapitalverkehr, da die Angleichung von Realzinsen eine effizientere Allokation des Weltkapitalbestandes auf die einzelnen Länder gestattet.

Der kurzfristige Vorteil eines Landes aus Verschuldung wird aber mit langfristigen Opportunitätskosten erkaufte. Devisen für Zins und Tilgung müssen in Zukunft durch Exporte verdient werden und schränken dann das Importpotential ein. Diese Belastung der Zukunft gilt im Fall privater und öffentlicher Verschuldung.

Die Verschuldung im Ausland lohnt sich dann, wenn Kapital geschaffen wird, dessen Produktivität über Güterexporte in Zukunft die Zinszahlung ermöglicht. Wie die Beispiele der beabsichtigten Industrialisierungspolitik Polens in den siebziger Jahren und einiger erdölexportierender Länder in den achtziger Jahren (Mexiko, Venezuela) zeigen, gehen die Erwartungen über die Grenzproduktivität des neu geschaffenen Kapitals nicht immer auf. In diesem Fall erschwert die Abwertung der heimischen Währung nicht nur Tilgung und Rückzahlung in Devisen; sie bewirkt auch unerwünschte Preisniveaueffekte. Eine Verschuldung für Konsumzwecke macht die intertemporalen Zwänge noch stärker, es sei denn, die Verschuldung dient als temporäre Überbrückung bei relativ sicher erwarteten Deviseneinnahmen oder -einsparungen wie bei den Ölfunden für Großbritannien in den sechziger Jahren.

III.

Die Öffnung einer Volkswirtschaft wirft für die nationale Stabilisierungspolitik im Vergleich zur Autarkiesituation zusätzliche Probleme auf: Inflationsimport, Konjunkturverbund zwischen den Ländern mit internationalen Beschäftigungsschwankungen und Abhängigkeit in der wirtschaftlichen Entwicklung. Neben der Internationalisierung der Zielgrößen wird auch die

Wirksamkeit der Instrumentvariablen der Stabilisierungspolitik, der Geld-, Fiskal- und Einkommenspolitik, von der Öffnung einer Volkswirtschaft beeinflußt. Insbesondere stellt sich das Problem, inwieweit das einzelne Land auf Gedeih und Verderb von der internationalen Wirtschaftsentwicklung abhängig wird oder inwieweit es sich abkoppeln kann.

1. Ein stabilitätsorientiertes Land ist externen Stabilitätsstörungen ausgesetzt. Es kann sich durch einen flexiblen Wechselkurs gegen Stabilitätsstörungen von außen teilweise abschotten. Ein konstanter Wechselkurs verhindert die Abschottung.

Konstante Wechselkurse schalten einen wichtigen Ausgleichsmechanismus der Zahlungsbilanz aus und verschieben damit die Anpassungslast auf die verbleibenden Anpassungsmöglichkeiten. Bei einer Inflation im Ausland importiert ein Land bei konstantem Wechselkurs über den internationalen Preiszusammenhang, über den Liquiditätseffekt (Leistungsbilanzüberschuß) und über den Einkommenseffekt die Inflation. Gegen diesen Inflationsimport schirmen flexible Kurse teilweise ab, denn sie beseitigen den Liquiditätseffekt und reduzieren über eine Aufwertung der heimischen Währung den komparativen Preisvorteil.

Ein Konjunkturboom im Ausland stimuliert über steigende Auslandsnachfrage den Export (und reduziert den Importwert) und überträgt damit den Konjunkturbooom auf das Inland. Flexible Wechselkurse dagegen schirmen gegen die Hochkonjunktur im Ausland ab, da eine Aufwertung der heimischen Währung die Exportstimulierung reduziert. Allerdings muß eine einschränkende Bedingung gemacht werden: Bei großer realer Zinsdifferenz zugunsten des Auslands, die mit unterschiedlichen Konjunkturlagen einhergehen kann, und bei Aufwertungserwartungen für die ausländische Währung hemmt der Kapitalexport die Aufwertungstendenz; dadurch wird die Abschottung beeinträchtigt.

Auch die Arbeitslosigkeit wird aus dem Ausland bei konstantem Wechselkurs importiert, denn ein Exportrückgang schlägt sich für das Inland in Beschäftigungsreduzierungen nieder. Dagegen sorgt bei flexiblem Wechselkurs eine Abwertung für eine teilweise Rückgewinnung des komparativen Preisvorteils. Auch hier gilt wieder ein Proviso: Eine reale Zinssenkung im Ausland, die in der Regel mit einer Depression einhergeht, bewirkt ceteris paribus Kapitalimport für das Inland, der die Abwertung konterkariert.

2. Ein Land kann den Ausgleich der Zahlungsbilanz durch eine explizite Politik konstanter Kurse ohne flankierende Maßnahmen betreiben. Der Ausgleich der Zahlungsbilanz über die Verteidigung eines gegebenen Kurses erfordert harte interne Anpassungen.

Setzt sich ein Land das Ziel, den Wechselkurs konstant zu halten, so ist dies nur möglich, wenn sich das Land intern an externe Bedingungen anpaßt. Ist etwa ein Defizit gegeben, so werden bei konstantem Wechselkurs die Währungsreserven reduziert, und die Geldmenge nimmt ab. Bei flexiblen Güterpreisen reduziert sich das Preisniveau; die Löhne müssen sinken. Das Land gewinnt bei dieser klassischen Anpassung seine Wettbewerbsfähigkeit durch sinkende Preise zurück. In ähnlicher Weise funktionierte die Goldwährung. Ein potentiell Defizit oder die dabei erforderliche Abwertung werden durch den Goldabfluß (oberer Goldpunkt) vermieden; der Goldabfluß senkt die Geldmenge. Das Land erleidet eine Depression. In dieser Interpretation einer Politik konstanter Wechselkurse wird die nationale Stabilisierungspolitik zur Dienstmagd des fixen Wechselkurses.

3. Ein weniger stabilitätsbewußtes Land kann in einem politischen System konstanter Wechselkurse seinen Wirtschaftssubjekten die Zahlungsbilanzrestriktion schwächer signalisieren.

Der Begriff des konstanten Wechselkurses ist nicht nur als Verteidigung eines gegebenen Kurses mit endogenem Anpassungszwang wie bei der Goldwährung zu interpretieren, also als ein System, bei dem potentielle Salden in der Zahlungsbilanz in klassischer Weise schnell durch erzwungene interne Anpassungsprozesse beseitigt werden. In einer alternativen Interpretation toleriert ein System konstanter Wechselkurse in aller Regel Salden oder entwickelt einen internationalen Beistandsmechanismus zur Finanzierung von Salden. Die Akzeptanz von Salden reduziert Anpassungszwänge. Insofern als die Beistandsmodalitäten politisch geregelt werden, entscheidet das Gewicht eines Landes im internationalen politischen Abstimmungsmechanismus über die Fühlbarkeit der Zahlungsbilanzrestriktion für das einzelne Land.

Ein Defizit bei konstantem Wechselkurs bedeutet, daß ein Land „über seine Verhältnisse lebt“, also (auf dem Gütermarkt) mehr nachfragt, als es wertmäßig produziert (oder auf dem Geldmarkt entthortet). Eine solche Situation mag auf das Verhalten der Privaten oder auch des Staates zurückzuführen sein. Beispielsweise impliziert ein Budgetdefizit des Staates unter einer Reihe von Bedingungen ein Leistungsbilanzdefizit [Dornbusch, 1980, S. 27]. Wird dieses Defizit international finanziert, so sieht sich eine nationale Regierung nicht gezwungen, Anpassungen zur Beseitigung des Defizits vorzunehmen. Bei flexiblem Wechselkurs dagegen signalisiert die in der Regel einsetzende Abwertung (Ausnahme: Aufwertungserwartung), daß der Außenwert der Währung sinkt. In diesem Sinne erhält der Wechselkurs eine Aufpasserfunktion. Wie das Beispiel Frankreichs in den ersten Jahren unter Mitterrand zeigt, kann das einzelne Land gezwungen werden, seine Stabilisierungspolitik aufzugeben.

Die Tatsache, daß konstante Kurse eine Regierung unter einen im Vergleich zu flexiblen Wechselkursen relativ geringen Stabilisierungsdruck bringen, wird in den Aktionen der politischen Gruppen eines Landes antizipiert. Folglich gewinnen stabilitätsbeeinträchtigende Gruppeninteressen ein größeres Gewicht. Die Frage, ob der Gürtel enger zu schnallen ist, wird den nationalen politischen Instanzen zugewiesen; wichtige wirtschaftliche Anpassungen werden damit politisiert. In einem Szenario der Investitionslenkung etwa, in dem die gesellschaftlichen Gruppen über den Wechselkurs mitentscheiden würden, entstünde im Interesse der Exportwirtschaft ein Druck zur Unterbewertung der heimischen Währung. Gleichzeitig wird eine weniger stabilitätsorientierte Regierung den konstanten Kurs in der Regel durch flankierende Maßnahmen wie gesamtwirtschaftliches Nachfragemanagement begleiten, welche den Anpassungsdruck mildern. Im Sinne der Ölflecktheorie des Interventionismus führt ein System konstanter Kurse oft zu weiteren Eingriffen wie Exportförderung, Handelshemmnissen oder Einschränkungen der Konvertibilität und des Kapitalverkehrs.

Ein System konstanter Kurse entzieht den Wechselkurs dem Markt und macht ihn zu einem politischen Preis, der nach den Gesetzmäßigkeiten des politischen Prozesses bestimmt wird, und zwar sowohl nach internationalen Einflußfaktoren als auch nach dem politischen Einfluß gesellschaftlicher Gruppen in einem Land.

4. Ein Land kann sich in einem System konstanter Wechselkurse und flankierender Maßnahmen unter keynesianischen Bedingungen kurzfristig von externen Allokationsänderungen abkoppeln, erschwert damit aber die langfristigen Anpassungen in der Zukunft.

Bei einem Angebotsschock wie den beiden Erdölkrisen 1973/74 und 1979/80 ermöglicht ein konstanter Wechselkurs, die Erdölimporte ohne Abwertungsverlust zu tätigen, also den internationalen Preisschock von der Volkswirtschaft teilweise fernzuhalten. Dieser Effekt ist aber nur kurzfristig von Vorteil, denn die geänderten Knappheitsrelationen auf dem Weltmarkt werden den Wirtschaftssubjekten nicht signalisiert. Langfristig erforderliche Anpassungen bleiben aus. Auch andere allokativen Verschiebungen werden kurzfristig von einer Volkswirtschaft durch konstante Kurse abgeschottet. Beispielsweise wird der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit den dezentralen Einheiten nicht signalisiert, wenn etwa ein außenwirtschaftlich bedingter Beschäftigungseinbruch durch gesamtwirtschaftliche Nachfragepolitik aufgefangen wird. Damit wird kurzfristig der Anpassungsdruck gemildert, langfristig ergeben sich aber gravierende Anpassungsprobleme. Für die Bundesrepublik war die Zeit der konstanten Kurse mit Aufwertungen 1961 (5,0 vH) 1969 (9,3 vH), 1971 (13,6 vH) und 1973 (11,1 vH) verbunden. Die Aufwertungen in der Zeit 1969–1973 stellten verzögerte, mehr oder weniger abrupte

Änderungen der Wechselkurse dar. Diese Wechselkurspolitik hatte Strukturbrüche und Fehlallokationen zur Folge, da die Unterbewertung der DM eine zu hohe Exportlastigkeit deutscher Unternehmen bewirkte, die durch das neue Preissignal geänderter Wechselkurse abrupt korrigiert wurde. Die Geschichte des Volkswagenwerks spricht hier eine beredte Sprache.

5. Ein Land entscheidet mit der Signalisierung der Zahlungsbilanzrestriktion über den relativen Stellenwert der Stabilisierungs- und der Allokationspolitik. Ein politisches System konstanter Wechselkurse weist der keynesianischen Stabilisierungspolitik einen größeren Stellenwert zu, flexible Kurse dagegen betonen die Rolle der Allokationspolitik.

Bei konstantem Kurs ist die Geldpolitik langfristig wirkungslos, denn die Salden der Zahlungsbilanz korrigieren langfristig die Geldmengenvariation. Beispielsweise führt eine verstärkte Geldmengenexpansion über vermehrte Güterimporte und über (infolge gesunkener Zinsen) zunehmenden Kapitalexport zu einem Defizit und damit (bei erfolgloser Neutralisierung) zu einer Reduzierung der Geldmengenexpansion. Die Fiskalpolitik erzielt bei konstantem Kurs besondere Wirksamkeit. Bei flexiblem Wechselkurs dagegen wird die Fiskalpolitik durch die Zinsreagibilität des Kapitalverkehrs konterkariert. Die infolge der Fiskalpolitik gestiegenen Zinsen locken Kapital an; der dadurch hervorgerufene Aufwertungseffekt wirkt bremsend. Die Geldpolitik dagegen wird wirkungsvoller, denn die Abwertung der heimischen Währung wirkt stimulierend. Die Geldpolitik wird bei flexiblen Kursen von der Notwendigkeit entlastet, den durch die Zahlungsbilanzsalden bedingten Liquiditätsveränderungen entgegenzuwirken [vgl. auch Leutwiler, 1984]. Die Position der Notenbank wird durch flexible Kurse gestärkt. Zwangsläufig steigt das Gewicht der Allokationspolitik. Flexible Wechselkurse vermeiden verzögerte Allokationsanpassungen.

6. Bei konstanten Kursen mit flankierenden internationalen Beistandsmodalitäten und mit nationalen glättenden Maßnahmen keynesianischer Art wird den Tarifparteien ihre Verantwortung für das Beschäftigungsziel und das außenwirtschaftliche Gleichgewicht nicht angemessen zugewiesen.

Hohe Tariflohnabschlüsse führen – unter einer Reihe von Bedingungen – zu einem Leistungsbilanzdefizit. Bei konstantem Kurs bedeutet ein Defizit, daß gesamtwirtschaftlich Nachfrage entfällt; die sinkende Beschäftigung induziert Forderungen nach staatlichen Stützungsprogrammen. Flexible Wechselkurse bauen über die Abwertung nicht nur das Defizit ab, sondern sie holen auch einen Teil des verlorenen komparativen Preisvorteils zurück. Der Außenbeitrag steigt, und dieser Nachfrageimpuls wirkt sich positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Allerdings wird durch die Abwertung ein „zu hoher“ Lohnabschluß nicht völlig kompensiert. Denn die Lohnabschlüsse definieren

den Relativpreis von Kapital zu Arbeit für die gesamte Volkswirtschaft, die Abwertung dagegen verbessert lediglich die Absatzchancen des Exportbereichs, der beispielsweise kapitalintensiv sein mag. Da flexible Wechselkurse generell die Position der Geldpolitik gegenüber der Fiskalpolitik stärken, wird auch die Position der Gewerkschaften berührt, wenn die Bundesbank unabhängig ist.

7. Der Spielraum einer beschäftigungssteigernden Geldpolitik wird in einer offenen Volkswirtschaft von der Einkommenspolitik der Tarifparteien, der Budgetpolitik des Staates, externen Angebotsschocks und endogenen Innovations- und Wachstumskräften beeinflusst.

Bei konstantem Wechselkurs bewirken hohe Lohnabschlüsse interne Preisniveausteigerungen, die der Geldpolitik nicht willkommen sein können und die bei restriktiver Geldpolitik zu höheren Zinssätzen führen – mit dämpfenden Effekten auf Investition und Beschäftigung. Bei flexiblem Kurs wird dieser Zusammenhang auch über die Abwertung deutlich. Hohe Lohnabschlüsse bewirken einen Verlust des komparativen Preisvorteils, eine Abwertung und damit einen Preisniveauanstieg. Tangiert dieser Preisniveauanstieg das Stabilitätsziel, greift die Notenbank bremsend ein. Bei zurückhaltender Lohnpolitik wird dieser Eingriff weniger restriktiv sein. Der Spielraum einer expansiven Geldpolitik wird in einer offenen Volkswirtschaft in besonderer Weise von der Einkommenspolitik her definiert. Eine Lohnzurückhaltung vergrößert den Spielraum der Geldpolitik.

Staatliche Defizite, die unter bestimmten Bedingungen mit einem Leistungsbilanzdefizit einhergehen und bei flexiblem Wechselkurs eine Abwertung zur Folge haben, engen den Spielraum der Geldpolitik ein. Auch ein Energiepreisschock, der einen Abwertungsdruck mit sich bringt, schränkt den Spielraum einer expansiven Geldpolitik ein. Andererseits wird der Spielraum einer expansiven Geldpolitik vergrößert, wenn interne, endogene Prozesse wie Innovation und andere Entwicklungen zur Verbesserung des Preisvorteils ablaufen, die eine Aufwertungstendenz mit sich bringen. Es braucht nicht betont zu werden, daß ein simultanes Auftreten aller dieser Faktoren den Spielraum der Geldpolitik in besonderer Weise einengt, man denke nur an die Energiekrise, das staatliche Defizit und die schwachen Innovationskräfte in der Bundesrepublik im Jahre 1980.

8. Die internen politischen Bedingungen eines Landes und damit der Stellenwert der verschiedenen Konzepte der Stabilisierungspolitik entscheiden über die Umsetzungsmechanismen der Zahlungsbilanzrestriktion an die Subsysteme.

In der bisherigen Argumentation herrschte die Fragestellung vor, wie die Zahlungsbilanzrestriktion umgesetzt werden kann, inwieweit sie die natio-

nale Stabilisierungspolitik beeinflusst und inwieweit einzelne politische Gruppen oder Akteure von der Umsetzung betroffen werden. Eine alternative Frage besteht darin, die Machtposition der politischen Akteure (Gewerkschaften, Bundesbank, Regierung, Exportwirtschaft, Konsumenten) als Datum zu betrachten und den Umsetzungsmechanismus als eine zu erklärende Variable zu interpretieren. Denn eine interessante Frage des Paradigmas der Restriktionen lautet, wie globale Zwänge umgesetzt werden. In einer Volkswirtschaft mit einer starken Rolle politischer Entscheidungsprozesse wie etwa in einer „rent-seeking society“ haben Gruppeninteressen eine große Bedeutung bei der Auswahl des Umsetzungsmechanismus.

Es fällt auf, daß bei Ländern, deren Wechselkurse teilweise fixiert oder an Währungskörbe gebunden sind, Abwertungen direkt nach Wahlen erfolgen (Frankreich 1981; Griechenland 1985; Portugal 1983; Schweden 1982; Spanien 1982; Ausnahme: Währungsreform in Argentinien 1985). Vor einer Wahl hat eine Abwertung eine unerwünschte Signalwirkung für den Wähler, da ein niedriger Außenwert der heimischen Währung offenbart wird. Außerdem setzen unwillkommene Preiserhöhungen ein, die das Preisniveauniveau beeinflussen und zu neuen Lohnforderungen führen. Nach der Wahl können die Preisniveau- und Lohneffekte beispielsweise durch die Beeinflussung der Tarifpolitik oder temporär durch einen Preis- und Lohnstop eingedämmt oder zeitlich hinausgeschoben werden.

9. Für ein weniger stabilitätsorientiertes Land besteht eine starke Versuchung, aufgrund der Zahlungsbilanzrestriktion in die Transaktionen des Devisenmarkts einzugreifen.

Es ist bereits im Zusammenhang mit dem Protektionismus betont worden, daß eine einzelne Volkswirtschaft ein kurzfristiges Interesse entwickeln kann, den internationalen Güterverkehr durch protektionistische Maßnahmen zu beschränken, um die Fühlbarkeit der Zahlungsbilanzrestriktion zu reduzieren. Aus dem gleichen Grund besteht für ein nicht stabilitätsorientiertes Land die Versuchung, in den Kapitalverkehr einzugreifen, etwa die Konvertibilität der Währung zu beschränken. Man kann die Vermutung äußern, daß ein System konstanter Kurse insbesondere Interventionen in die nationale langfristige Allokationspolitik aufgrund interner Gruppeninteressen induziert; flexible Kurse rufen aufgrund ihrer Aufpasserfunktion stärker solche Interventionen hervor, welche die Aufpasserfunktion aufheben, also Eingriffe in die Konvertibilität im weitesten Sinn.

10. Ein System konstanter Wechselkurse läßt sich auf Dauer nur realisieren, wenn die beteiligten Länder ihre Stabilisierungspolitik harmonisieren und wenn sie sich im Wachstumsgleichschritt bewegen.

Messen die einzelnen Länder dem Stabilitätsziel ein unterschiedliches Gewicht bei, so folgt aus der Kaufkraftparitätentheorie, daß sich der Wechselkurs anpassen muß. Die Forderung nach einer Harmonisierung der Stabilisierungspolitik bezieht sich dabei sowohl auf das Ziel der Preisniveaustabilität als auch das Vollbeschäftigungsziel; ferner muß beiden Zielen in den verschiedenen Ländern das gleiche Gewicht eingeräumt werden. Allerdings ist diese Forderung nach Harmonisierung der Stabilisierungspolitik noch nicht ausreichend. Denn die Entwicklung der komparativen Preisdifferenzen hängt nicht nur von den Inflationsniveaus ab, sondern auch von anderen Bestimmungsfaktoren komparativer Preisvorteile wie Innovation, Änderung der Faktorausstattung oder Nachfrageverschiebungen. Folglich erfordern konstante Kurse auch einen Wachstumsgleichschritt der verschiedenen Länder.

11. Die Vorstellung, daß von einem europäischen System konstanter Wechselkurse ein heilsamer institutioneller Zwang zu einer Harmonisierung der Stabilisierungspolitik ausgeht, hat sich als illusorisch erwiesen.

Die Väter des europäischen Währungssystems hatten die Idee, daß das europäische Währungssystem – ähnlich wie bei der Goldwährung – die Abstimmung der Stabilisierungspolitik zur Folge haben würde. Diese Erwartung hat sich nicht realisiert: der Stabilisierungszwang in den achtziger Jahren ist eher vom Dollar ausgegangen. Auch eine gemeinsame europäische Währung kann eine Harmonisierung der nationalen Stabilisierungspolitiken nicht herbeiführen, es sei denn, die Länder geben ihre nationale Autonomie in der Geld- und in der Fiskalpolitik auf.

12. Die Leistungsfähigkeit flexibler Wechselkurse ist an eine Reihe von Bedingungen geknüpft.

Eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren flexibler Wechselkurse ist die in der Literatur ausführlich diskutierte Normalreaktion der Leistungsbilanz. Ist die Importnachfrage unelastisch, so kann die Leistungsbilanz anormal auf eine Wechselkursvariation reagieren, d. h., bei Vernachlässigung des Kapitalverkehrs ist der Devisenmarkt instabil. Unter der Voraussetzung einer solchen anormalen Reaktion können flexible Kurse beispielsweise nicht gegen den Inflationsimport abkoppeln; vielmehr wird der Inflationsimport verschärft. Allerdings wird dem Elastizitätspessimismus heute keine große Bedeutung mehr beigemessen.

Eine starke Elastizität des Kapitalverkehrs in bezug auf Unterschiede in den Realzinsen kann die Abschottungsfunktion flexibler Wechselkurse gegen Inflationsimport, Konjunkturverbund und internationale Beschäftigungsinterdependenz konterkarieren. Man betrachte eine Abwertung der heimischen

Währung bei einem Exportrückgang infolge einer Depression im Ausland. Ist die Depression im Ausland mit einem niedrigen Realzins verbunden und besteht keine Aufwertungserwartung für die ausländische Währung, so stellt sich ein Kapitalimport und damit eine Aufwertungstendenz für die heimische Währung ein, die der gewünschten, abschirmenden Abwertung entgegenwirkt. Analog läßt sich für Hochkonjunktur und Inflationsimport argumentieren. Diese konterkarierende Wirkung von Zinssatzdifferenzen ist im übrigen auch eine Voraussetzung dafür, daß die Fiskalpolitik an Bedeutung verliert, denn die kreditfinanzierte Fiskalpolitik treibt die Zinsen hoch, und hohe Zinsen bewirken Kapitalimport, und die dadurch bedingte Aufwertung reduziert die beschäftigungspolitische Wirkung der Fiskalpolitik¹.

Eine konterkarierende Wirkung des Kapitalverkehrs ergibt sich auch für Wachstumsprozesse eines Landes. Hohe Realzinsen in einem Land signalisieren ein langfristig günstiges Entwicklungspotential; sie haben Kapitalimport und damit eine Aufwertung zur Folge, die von der güterwirtschaftlichen Außenflanke über die Reduzierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage die wirtschaftliche Entwicklung dämpft.

13. Wechselkurse können kurzfristig durch „Überschießen“ von einem langfristigen Trend abweichen.

Der Begriff des „Überschießens“ setzt voraus, daß sich der aktuelle Wechselkurs von einem langfristigen Wert isolieren läßt. Die Problematik dieser These liegt darin, ex ante (und nicht ex post) den „langfristigen Gleichgewichtskurs“ zu bestimmen.“

Akzeptiert man die Unterscheidungsmöglichkeit zwischen einem langfristigen und einem aktuellen Wechselkurs, so wird der langfristige Wechselkurs sowohl von den langfristigen Tendenzen in den komparativen Preisunterschieden, also von der Güterseite, als auch von der langfristigen Entwicklung der Differenzen in den Realzinsen bestimmt [Giersch, 1984]. Der aktuelle Wechselkurs kann von einem langfristigen Trend abweichen, weil ökonomische Phänomene wie Konjunkturlagen von einer langfristigen Entwicklung differieren und weil Kapital- und Güterverkehr mit unterschiedlicher Geschwindigkeit im Datengefüge reagieren. Neben diesen Variationen in realen Variablen spielen Erwartungen bei der Bestimmung des Wechselkurses zwangsläufig eine große Rolle. Die These des „Überschießens“ der flexiblen Kurse muß also zeigen, daß die realen wirtschaftlichen Prozesse kurzfristig unerwünscht schwanken, daß die Erwartungen diese Schwankungen verschärfen oder Erwartungen ohne realen wirtschaftlichen Hintergrund oszillieren. Dabei ist auch zu beachten, daß sich auch längerfristig orientierte Erwartungen etwa wegen Variationen in der politischen Stabilität (Flucht-

¹ Aus keynesianischer Sicht liegt die Schlußfolgerung nahe, den Kapitalverkehr einzuschränken.

währung) ändern können. Eine offene Frage ist, ob Mechanismen der Erwartungsbildung existieren, welche langfristig „falsche“ Erwartungen korrigieren, und welche Eigenschaften diese Mechanismen aufweisen.

Gibt man die Vorstellung auf, zwischen einem langfristigen und einem aktuellen Wechselkurs unterscheiden zu können, so stellt sich die Frage, ob flexible Wechselkurse durch eine hohe Variabilität gekennzeichnet sind, ob diese Variabilität seit 1973 – etwa wegen der internationalen Verflechtung der Kapitalmärkte – zugenommen hat und inwieweit die Variabilität des Kurses Fehlallokationen bewirkt.

IV.

Bei der Diskussion um die Rolle der Zahlungsbilanzrestriktion gerät allzu leicht in Vergessenheit, warum ein Land Außenhandel betreibt, nämlich um die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung durch Gütertausch und Faktorwanderungen auszuschöpfen. Bei Adam Smith [1776, S. 416] heißt es: „Between whatever places foreign trade is carried on, they all of them derive two distinct benefits from it. It carries out that surplus part of the produce of their land and labour for which there is no demand among them, and brings back in return for it something else for which there is a demand. It gives a value to their superfluities by exchanging them for something else, which may satisfy a part of their wants, and increase their enjoyments.“

Und ähnlich klingt es bei Ricardo [1817, S. 80]: „It is quite . . . important to the happiness of mankind that our enjoyments should be increased by the better distribution of labour, by each country producing those commodities for which its situation, its climate, and its other natural or artificial advantages is adapted, and by exchanging them for the commodities of other countries . . .“

Außenhandel bringt aber nicht nur wirtschaftliche Vorteile durch Überwindung nationaler Schranken, er kann auch als Element einer offenen Gesellschaft im Sinne Poppers [1944] interpretiert werden: Außenhandel schafft Bewegungsspielraum für Individuen wie die Freizügigkeit von Personen über Staatsgrenzen und den Erwerb ausländischer Güter, wie etwa von Publikationen. Es ist deshalb nicht überraschend, daß geschlossene Gesellschaften dazu neigen, die Außenbeziehungen einzuschränken und ihnen eine Lückenbüßerfunktion zuzuweisen. Man kann sich Szenarien staatlicher Interventionen, insbesondere der Devisenbewirtschaftung, vorstellen, die relativ perfekte Substitute für Mauern und andere Abschottungsinstrumente sind. Wie Popper in seiner Auseinandersetzung mit Platons „Staat“ zeigt, steht die geschlossene Gesellschaft, in der in Harmonie die Utopie gedeiht, im Widerstreit zur offenen Gesellschaft, „in der sich die Individuen persönlichen Entscheidungen gegenübersehen“ [1944, S. 233]. Und weiter heißt es bei Popper [*ibid.*, S. 267]: „Wir können niemals zur angeblichen Unschuld

und Schönheit der geschlossenen Gesellschaft zurückkehren. Unser Traum vom Himmel läßt sich auf Erden nicht verwirklichen.“

Literatur

- Boulding, Kenneth E.**, „The Economics of the Coming Spaceship Earth“. In: Henry Jarrett (Hrsg.), *Environmental Quality in a Growing Economy*. 2. Aufl., Washington 1968, S. 3–14.
- Buchanan, James M., Robert D. Tollison, Gordon Tullock (Hrsg.)**, *Toward a Theory of Rent-Seeking Society*. College Station 1980.
- Dornbusch, Rudiger**, *Open Economy Macro-Economics*. New York 1980.
- Ethier, Wilfred**, *Modern International Economics*. New York 1983.
- Galbraith, John K.**, *The Affluent Society*. Cambridge 1958.
- Giersch, Herbert**, *Allgemeine Wirtschaftspolitik. Bd. 2: Konjunktur- und Wachstumspolitik in der offenen Wirtschaft*. Wiesbaden 1977.
- , *Real Exchange Rates and Economic Development*. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapiere Nr. 218, November 1984.
- Hesse, Helmut**, „Aufgaben und Beschränkungen der nationalen Wirtschaftspolitik in einer außenhandelsorientierten Volkswirtschaft“. In: Horst Siebert (Hrsg.), *Perspektiven der deutschen Wirtschaftspolitik*. Stuttgart 1983, S. 123–141.
- Jones, Ronald W., Peter B. Kenen**, *Handbook of International Economics*. Amsterdam 1985.
- Keynes, John M.**, „Economic Possibilities of Our Grandchildren“. In: John M. Keynes, *Essays in Persuasion*. Cambridge 1931, S. 358–373. New York 1963.
- Krueger, Anne O.**, „The Political Economy of the Rent-Seeking Society“. *The American Economic Review*, Vol. 64, 1974, S. 291–303.
- Leutwiler, Fritz**, „Die Unabhängigkeit der Notenbank. Erfahrungen mit der Geldpolitik in der Schweiz“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 1. 12. 1984.
- Niehans, Jürg**, *International Monetary Economics*. Baltimore 1984.
- Olson, Mancur**, *The Rise and Decline of Nations*. New Haven 1982.
- Popper, Karl R.**, *The Open Society and Its Enemies*. London 1944. Zitiert nach: Karl R. Popper, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*. München 1977.
- Ramsey, Frank P.**, „A Mathematical Theory of Saving“. *The Economic Journal* Vol. 38, 1928, S. 543–559.
- Ricardo, David**, *On the Principles of Political Economy and Taxation*. London 1817. Zitiert nach: Everyman's Library. London 1911.
- Robinson, Joan**, *The Accumulation of Capital*. London 1956.
- Siebert, Horst**, „The Partitioning of Constraints“. *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, Vol. 138, 1982, S. 109–117.
- , *Außenwirtschaft*. Stuttgart 1984.
- , „Wirtschaftliche Zwänge“. *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft*, 30. Jahr, Hamburg 1985, S. 97–114.
- Smith, Adam**, *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. Oxford 1776. Zitiert nach: E. Cannon (Ed.), *The Modern Library*. New York 1937.

* * *

Summary: Economic Restraints for Open Economies. – In an open economy, the usual budget restraint of equating expenditures and income is softened but the balance-of-payments restraint has powerful implications for allocation and national stabilization policies. These implications are studied. On the trade side, the restraint shows itself in the dependence on imports, in the necessity of exporting, in the opportunity costs of institutional settings as well as taxation in terms of foregone competitiveness and in interest and debt payment in the case of borrowing. From a stabilization point of view, the problem is analyzed to what extent an open economy can make itself more independent from international developments by exchange rate policy and by national institutional arrangements with respect to monetary, fiscal and incomes policy.

*

Résumé: Contraintes économiques pour des économies ouvertes. – Dans une économie ouverte, l'ordinaire contrainte budgétaire d'équilibrer les dépenses et les recettes est affaiblie mais la contrainte de la balance des paiements a des implications importantes pour l'allocation et les politiques nationales de stabilisation. L'auteur étudie ces implications. Concernant le commerce extérieur la contrainte se révèle dans la dépendance des importations, dans la nécessité d'exporter, dans les coûts d'opportunité des cadres institutionnels aussi bien que dans la taxation en terme de la compétitivité perdue et des paiements d'intérêt et de dette en cas d'endettement. Concernant la stabilisation, l'auteur analyse dans quelle mesure une économie ouverte peut se faire indépendante des développements internationaux à l'aide de la politique des taux de change et des arrangements nationaux institutionnels concernant la politique monétaire, fiscale et de revenu.

*

Resumen: Restricciones económicas para economías abiertas. – En una economía abierta la ecuación tradicional que iguala el gasto al ingreso se relaja pero la restricción del balance de pagos tiene importantes implicaciones para la asignación de recursos y para políticas de estabilización. Se estudian estas implicaciones. En el ámbito del comercio exterior, la restricción influye sobre la dependencia de las importaciones, la necesidad de exportar, los costos de oportunidad de marcos institucionales, los impuestos en términos de competitividad perdida y los pagos de intereses y deuda en caso de endeudamiento. Desde el punto de vista de la estabilización se analiza en qué medida una economía abierta puede llegar a ser más independiente de los mercados internacionales con ayuda de la política cambiaria y de ajustes institucionales que afecten a las políticas monetaria, fiscal y de ingresos.